

PRESSEMITTEILUNG



LM

Schwerin, 11.09.2026

Nummer 291/2026

Backhaus beim MeLa-Bauerntag: „Starke Landwirtschaft und starke Dörfer gehören zusammen“

Gesundheitsversorgung, schnelles Internet, Energiekosten, handlungsfähige Kommunen, Landwirtschaft und Tierhaltung: Beim MeLa-Bauerntag in Mühlengiez standen die konkreten Zukunftsfragen des ländlichen Raums im Mittelpunkt. In der „Wahl-Arena – Zukunft für Acker, Stall und Dorf“ wurde die Diskussion vor allem durch Fragen aus dem Publikum bestimmt. Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus machte deutlich: Die Zukunft der Landwirtschaft und die Zukunft der ländlichen Räume gehören zusammen.

„Wer über die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns spricht, muss über den ländlichen Raum sprechen. Die Menschen erwarten zu Recht eine gute medizinische Versorgung, schnelles Netz, bezahlbare Energie und Orte, an denen sich Jung und Alt begegnen können. Das sind keine Extras, sondern Voraussetzungen dafür, dass Menschen gerne auf dem Land leben und dort ihre Zukunft sehen“, sagte Backhaus.

Dem Vorwurf, der ländliche Raum sei in den vergangenen Jahrzehnten vernachlässigt worden, widersprach der Minister. Seit 1991 seien rund 31 Milliarden Euro Fördermittel für die Entwicklung der ländlichen Räume eingesetzt worden, davon allein rund drei Milliarden Euro in den vergangenen fünf Jahren. Unterstützt wurden unter anderem Schulen, Kitas und Dorfgemeinschaftshäuser.

„Natürlich ist nicht jedes Problem gelöst. Aber von einer Vernachlässigung des ländlichen Raums kann keine Rede sein. Wir haben Milliarden investiert. Jetzt geht es darum, die Lebensqualität weiter zu verbessern und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Menschen bleiben oder neu zu uns kommen. Gerade im westlichen Teil unseres Landes erleben wir bereits Zuzug.“

Kommunen brauchen mehr eigene Gestaltungskraft

Ein weiterer Schwerpunkt der Publikumsfragen war die Finanzausstattung der Städte und Gemeinden. Viele Kommunen verfügten strukturell über zu geringe eigene Einnahmen und seien stark auf Förderprogramme angewiesen. Teilweise reichten die finanziellen Spielräume kaum aus, um

Ministerium für
Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche
Räume und Umwelt
Mecklenburg-Vorpommern
Paulshöher Weg 1 | 19061 Schwerin

V.i.S.d.P. Eva Klaußner-Ziebarth
e.klaussner-ziebarth@lm.mv-regierung.de
www.lm.mv-regierung.de

Pflichtaufgaben zu erfüllen. Gleichzeitig verursache die Vielzahl einzelner Förderprogramme erheblichen bürokratischen Aufwand.

Backhaus verwies auf die bereits bestehende Investitionspauschale, sieht darüber hinaus aber weiteren Handlungsbedarf. „Eine Kommune kann nicht dauerhaft von Förderantrag zu Förderantrag leben. Wenn Bund oder Land den Kommunen Aufgaben übertragen, müssen diese Aufgaben auch auskömmlich finanziert werden. Die Investitionspauschale ist ein wichtiger Schritt, aber sie löst das strukturelle Problem nicht vollständig. Unsere Städte und Gemeinden brauchen mehr eigene finanzielle Handlungsspielräume und weniger Förderbürokratie.“

„Mecklenburg-Vorpommern bleibt Agrarland“

Aus dem Publikum wurde auch die Frage aufgeworfen, wie sich der Charakter Mecklenburg-Vorpommerns als Agrarland mit Moorwiedervernässung, Natur- und Klimaschutz vereinbaren lässt. Backhaus wies Befürchtungen zurück, die landwirtschaftliche Prägung des Landes werde damit grundsätzlich infrage gestellt.

„Niemand hat vor, den Status Mecklenburg-Vorpommerns als Agrarland aufs Spiel zu setzen. Wir brauchen die Landwirtschaft zum Leben. Sie erzeugt unsere Lebensmittel, prägt unsere Kulturlandschaft und schafft Arbeit und Einkommen. Natur- und Klimaschutz können deshalb nicht gegen die Landwirtschaft organisiert werden, sondern nur mit ihr.“

Wo landwirtschaftliche Betriebe besondere Leistungen für Klima, Natur und Umwelt erbringen, müssten diese auch honoriert werden. Für Backhaus gelte deshalb der Grundsatz: öffentliches Geld für öffentliche Leistungen.

Gleichzeitig brauche der ländliche Raum wirtschaftliche Perspektiven. Dazu gehöre auch der weitere Ausbau erneuerbarer Energien aus Wind, Sonne, Biomasse und Erdwärme. Entscheidend sei, dass die Regionen davon durch Investitionen, Einkommen und Arbeitsplätze profitierten.

Wertschöpfung muss im Land bleiben

Eine zentrale Frage sei, wie mehr von dem wirtschaftlichen Wert, der auf den Feldern und in den Ställen entsteht, in Mecklenburg-Vorpommern gehalten werden könne. Backhaus sprach sich in diesem Zusammenhang für branchenspezifische Mindestlöhne aus. Gerade arbeitsintensive Bereiche wie der Obst- und Gemüsebau müssten wettbewerbsfähig bleiben.

„Gute Arbeit muss ordentlich bezahlt werden. Gleichzeitig müssen wir die wirtschaftliche Realität der einzelnen Branchen berücksichtigen. Wenn Obst und Gemüse bei uns nicht mehr wirtschaftlich erzeugt werden können, wandert die Produktion ab. Dann verlieren wir Arbeitsplätze und Wertschöpfung im ländlichen Raum.“

Für Backhaus müsse deshalb die gesamte Kette betrachtet werden: von der Erzeugung über die Verarbeitung bis zur Vermarktung. Fehlende

Verarbeitungskapazitäten führten dazu, dass hochwertige Rohstoffe das Land verlassen und damit auch Teile der Wertschöpfung andernorts entstehen.

Backhaus: „Wir wollen Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern“

Im zweiten Teil des Bauerntages rückte die Zukunft der Tierhaltung in den Mittelpunkt. Backhaus bekannte sich klar zu Rindern, Schweinen, Geflügel und Weidetieren im Land.

„Wir wollen Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern. Sie gehört zu unserem Agrarland, schafft Arbeitsplätze und ist Grundlage für regionale Veredlung und funktionierende landwirtschaftliche Kreisläufe. Wer Tierhaltung erhalten will, muss aber auch dafür sorgen, dass Schlachtung und Verarbeitung im Land möglich sind.“

Gerade bei der Schweinehaltung bestehe konkreter Handlungsbedarf: Mecklenburg-Vorpommern verfügt derzeit über keinen Schlachthof für Schweine. Tiere müssen deshalb zur Schlachtung außer Landes transportiert werden. Der geplante neue regionale Schlachthof sei daher eine konkrete Maßnahme, um die Schweinehaltung in Mecklenburg-Vorpommern zu stabilisieren.

Noch in diesem Jahr soll dafür ein Fördermittelbescheid für einen kleinen, regional ausgerichteten Schlachthof übergeben werden. Der Standort wird zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben. Vorgesehen ist die Schlachtung und Verarbeitung von Schweinen, Rindern, Schafen und Wild.

„Wenn wir Schweinehaltung in Mecklenburg-Vorpommern wollen, brauchen wir auch wieder die Möglichkeit, Schweine in Mecklenburg-Vorpommern zu schlachten. Kurze Wege und regionale Verarbeitung stärken unsere Betriebe und halten Wertschöpfung im Land. Genau deshalb bringen wir diesen Schlachthof auf den Weg.“

Ein weiteres konkretes Signal für die Tierhaltung sei der für den 15. September geplante Spatenstich für einen neuen Geflügelschlachthof. Moderne Schlacht- und Verarbeitungskapazitäten seien Voraussetzung dafür, Tierhaltung, Veredlung und Arbeitsplätze langfristig im Land zu halten.

Zuletzt hatte sich die Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern teilweise wieder positiv entwickelt: 2025 stieg der Milchviehbestand um 0,7 Prozent beziehungsweise rund 1.000 Tiere, der Schweinebestand um 6,3 Prozent. Steigerungsraten gab es auch beim Geflügel.

Tierhaltungskennzeichnungsgesetz abschaffen

Kritisch äußerte sich Backhaus zum Tierhaltungskennzeichnungsgesetz. Er sprach sich für dessen Abschaffung aus. Tierwohl brauche praxistaugliche Lösungen statt zusätzlicher nationaler Bürokratie und Wettbewerbsnachteile.

„Wir brauchen mehr Tierwohl, aber wir brauchen dafür Regeln, die funktionieren und die sich die Betriebe leisten können. Das Tierhaltungskennzeichnungsgesetz schafft zusätzliche Bürokratie, ohne die grundlegenden Probleme der Tierhaltung zu lösen. Es gehört abgeschafft. Statt immer neuer deutscher Sonderwege brauchen wir praktikable Lösungen und faire Wettbewerbsbedingungen.“

Höhere Anforderungen an die Tierhaltung müssten immer auch die wirtschaftliche Realität berücksichtigen. Tierwohl sei nicht gewonnen, wenn heimische Tierhaltung verdrängt und Produktion stattdessen ins Ausland verlagert werde.

Wolf: „Wer Weidetierhaltung will, muss Weidetiere schützen“

Zur Zukunft der Tierhaltung gehöre auch ein handlungsfähiges Wolfsmanagement. Backhaus verwies auf die neue Allgemeinverfügung zur Entnahme schadstiftender Wölfe. Sie schafft landesweit einheitliche Voraussetzungen, um nach konkreten Nutztierschäden schnell und gezielt handeln zu können, wenn der zumutbare Herdenschutz überwunden wurde.

„Wer Weidetierhaltung will, muss auch die Weidetiere und ihre Halter schützen. Wenn ein Wolf trotz ordnungsgemäßen Herdenschutzes Nutztiere reißt, muss der Staat handlungsfähig sein. Dafür schaffen wir klare und rechtssichere Verfahren. Es geht nicht um wahllose Abschüsse, sondern um schnelles und gezieltes Handeln nach konkreten Übergriffen.“

Die Allgemeinverfügung wird am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntgabe wirksam. Mit dem Ende des gesetzlichen Elterntierschutzes zum 1. November können die neuen Möglichkeiten vollumfänglich genutzt werden. Voraussetzung für eine Entnahme bleibt unter anderem, dass der Wolf als Verursacher hinreichend sicher festgestellt wurde und der Schaden trotz zumutbarer Herdenschutzmaßnahmen eingetreten ist.

Backhaus: „Einkommen sichern, Bürokratie abbauen, Wertschöpfung erhalten“

Zum Abschluss fasste Backhaus seine wichtigsten Aufgaben für die kommenden Jahre zusammen: „Für mich geht es um fünf Dinge: Wir müssen die Einkommen unserer Landwirtinnen und Landwirte sichern. Wir müssen Bürokratie abbauen und den Betrieben wieder mehr Zeit für ihre eigentliche Arbeit geben. Wir bringen zwei neue Schlachthöfe auf den Weg, damit Tierhaltung, Veredlung und Wertschöpfung bei uns eine Zukunft haben. Gleichzeitig müssen wir unsere Natur und Umwelt schützen. Und über allem steht eine Aufgabe, die weit über Landwirtschaft hinausgeht: Wir müssen unsere Gesellschaft zusammenhalten – in den Städten genauso wie auf dem Land. Dafür arbeite ich.“